

Medienmitteilung

21. März 2022

Nationalrat verlangt «Europagesetz»

Verhandlungsposition der Schweiz in Gefahr: Ständerat muss Nationalratsentscheid korrigieren

- Nur drei Wochen nachdem der Bundesrat seine Pläne für die Europapolitik vorgestellt hat, will ihm der Nationalrat das **Dossier entreissen**. Denn er fordert per parlamentarischer Initiative – mit 127 gegen 58 Stimmen bei 7 Enthaltungen – ein Bundesgesetz über die «Weiterführung und Erleichterung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU».
- Was technokratisch klingt, würde dem Wirtschaftsstandort Schweiz gemäss Analyse von **autonomiesuisse** schaden. Denn faktisch beabsichtigt das Gesetz eine institutionelle Integration der Schweiz in die EU. Es könnte also zu einem «**Rahmenabkommen 2.0**» führen inklusive unerwünschter Elemente wie der Beschneidung direktdemokratischer Referendumsrechte und der Unterstellung im Streitfall unter den Europäischen Gerichtshof.
- Die Lancierung eines «Europagesetzes» **schwächt die Verhandlungsposition** der Schweiz gegenüber der EU. Zudem stellt es einen **Verstoss gegen die Kompetenzordnung der Bundesverfassung** und den erklärten Willen der Schweizer Bevölkerung dar.
- **autonomiesuisse** hofft darauf, dass der Ständerat als «chambre de réflexion» den unüberlegten **Schnellschuss des Nationalrats korrigieren** wird.

Was autonomiesuisse jetzt vom Ständerat erwartet

Während die Medien auf den Krieg in der Ukraine fokussierten, winkte der Nationalrat am 15. März sang- und klanglos eine parlamentarische Initiative der Aussenpolitischen Kommission (APK) durch. 127 Stimmen zu 58 Stimmen bei 7 Enthaltungen verlangen ein Bundesgesetz über die «Weiterführung und Erleichterung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU».

Irritierendes Signal auf internationalem Parkett

Mit dieser Entscheidung torpediert der Nationalrat den Bundesrat. Noch am 25. Februar 2022 hatte die Landesregierung einem «Rahmenabkommen 2.0» eine Absage erteilt. Genau dieses wird nun wieder aus der Schublade geholt. So macht etwa Eric Nussbaumer (SP), diesbezüglich einer der treibenden Köpfe der APK des Nationalrats, keinen Hehl daraus, dass er weiterhin eine institutionelle Integration der Schweiz in die EU anstrebt.

Auf dem internationalen Parkett hat der Nationalrat bereits ein irritierendes Signal gesetzt, das die Glaubwürdigkeit des Bundesrats gegenüber der EU untergräbt. **autonomiesuisse** hofft, dass der Ständerat seinem Ruf als «chambre de réflexion» nachkommt und den emotionalen Schnellschuss der grossen Kammer korrigiert.

Drei Gründe gegen das «Europagesetz»

Aus drei Gründen muss der Ständerat einen weiteren Irrlauf in der Europadiskussion stoppen: Erstens würde ein «Europagesetz» die Verhandlungsposition des Bundesrats gegenüber der EU empfindlich schwächen. Zweitens wäre ein solches «Europagesetz» nicht mit der Kompetenzordnung der Bundesverfassung vereinbar, wie Prof. Dr. Carl Baudenbacher, Präsident des EFTA-Gerichtshofs a.D., argumentiert. Drittens handelte das Parlament entgegen den Interessen der Schweizer Bevölkerung, die gemäss einer neuen gfs-Umfrage ein Freihandelsabkommen mit der EU gegenüber den bilateralen Verträgen, einem EWR-Beitritt und einem Rahmenabkommen klar bevorzugt. Der Gesetzesvorschlag des Nationalrats würde somit ausgerechnet die beliebteste Option ausschliessen.

autonomiesuisse hält ein modernes Freihandelsabkommen – wie es mit dem CETA zwischen Kanada und der EU besteht – für eine interessante Rückfallebene, falls die vom Bundesrat geplante Stossrichtung in den Verhandlungen mit der EU nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führt.

autonomiesuisse – eine Initiative der Schweizer Wirtschaft

autonomiesuisse ist eine breit abgestützte Initiative von Schweizer Unternehmern und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft aus der politischen Mitte. Sie setzt sich für eine partnerschaftliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der EU, aber auch weltweit, ein. Die politische Unabhängigkeit sichert der Schweiz gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Das darauf basierende Erfolgsmodell Schweiz soll auch in Zukunft Bestand haben.

autonomiesuisse zählt über 750 Mitglieder. Wer einen Beitrag zu einer weltoffenen, erfolgreichen und freien Schweiz leisten will, kann sich auf autonomiesuisse.ch/mitmachen einbringen.

Kontakt

Als Leitungsausschuss des Co-Präsidiums von **autonomiesuisse** stehen wir Ihnen gerne für Auskünfte rund um das Rahmenabkommen Schweiz-EU aus wirtschaftlicher und unternehmerischer Perspektive zur Verfügung.

Dr. Hans-Jörg Bertschi

+41 79 330 50 72

hans-joerg.bertschi@bertschi.com

Prof. em. Dr. Giorgio Behr

+41 79 430 44 21

giorgio@behr.ch

Dr. Hans-Peter Zehnder

+41 79 330 58 08

hans-peter.zehnder@zehndergroup.com

Social Media

